

## Bekanntmachung

betreffend die Prägung von Einpfennigstücken aus Aluminium.  
 Vom 23. November 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, außerhalb der im § 8 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 507) für die Ausprägung von Nickel- und Kupfermünzen bestimmten Grenze Einpfennigstücke aus Aluminium bis zur Höhe von zwei Millionen Mark herstellen zu lassen. Im übrigen finden auf diese Münzen die für die Einpfennigstücke aus Kupfer geltenden Vorschriften mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß der Durchmesser 16 Millimeter betragen soll und aus einem Kilogramm 1250 Stück auszubringen sind.

§ 2. Die Einpfennigstücke aus Aluminium sind spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß außer Kurs zu setzen.

Die hierzu erforderlichen Bestimmungen erläßt der Bundesrat.  
 Berlin, den 23. November 1916.

Der Reichskanzler,  
 von Bethmann Hollweg.

## Bekanntmachung

über die Verwendung von Chlorzinn zur Beschönerung von Seidenwaren. Vom 23. November 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) beschlossen:

§ 1. Die Verwendung von Chlorzinn zur Beschönerung von seidenen Garnen oder seidenen Web-, Wirk- und Strichwaren ist nur insoweit gestattet, daß durch die Beschönerung das Gewicht der Rohfäde vor dem Abkochen (Parigewicht) höchstens überschritten werden darf

- |   |                    |
|---|--------------------|
| 1. bei schwarzen Garnen für die Stoffweberei, Trame und Organzin      | bis 60 vom Hundert |
| 2. bei schwarzen Garnen für die Bandweberei                           |                    |
| a) Organzin (Kette) für Herrenhutband                                 | „ 100 „ „          |
| b) allen anderen Organzinen   | „ 60 „ „           |
| c) Trame  | „ 100 „ „          |
| 3. bei farbigen Kettgarnen und Schußgarnen für Band- und Stoffweberei | „ 50 „ „           |
| 4. bei Schleierstoffen (Voiles)                                       | „ 40 „ „           |
| 5. bei Lumineuxstoffen und -band                                      |                    |
| a) deren Schuß aus einfacher Grège besteht                            | „ 60 „ „           |
| b) allen anderen  | „ 20 „ „           |

Alle anderen Web-, Wirk- und Strichwaren dürfen höchstens bis zum Gewichte der Rohfäde vor dem Abkochen (Parigewicht) beschwert werden.

§ 2. Die Einfuhr von seidenen Erzeugnissen der im § 1 bezeichneten Art, die höher beschwert sind, als dort vorgesehen, ist verboten. Dieses Verbot gilt auch für die Rüdeinfuhr solcher Erzeugnisse, die im Wege des zollfreien Veredelungsverkehrs nach dem Ausland ausgeführt und dort zu höheren Sägen, als gemäß § 1 zulässig, beschwert worden sind.

Die Vorschriften der Verordnung, betreffend Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände, vom 26. Februar 1916 (Reichsanzeiger Nr. 49) bleiben unberührt.

§ 3. Der Reichskanzler ist ermächtigt, die vorstehenden Beschönerungsätze zu ändern; er kann Uebergangs- und Ausführungsbestimmungen erlassen und Ausnahmen gestatten.

Der Reichskanzler kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen und das Unternehmen der Zuwiderhandlung mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft werden, und daß neben der Strafe die Ware, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehört oder nicht, eingezogen wird. Er kann ferner bestimmen, daß auf die Einziehung selbständig erkannt werden kann, wenn die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar ist.

§ 4. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 23. November 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
 Dr. Helfferich.

## Ausführungsbestimmungen

zur Verordnung des Bundesrats über die Verwendung von Chlorzinn zur Beschönerung von Seidenwaren. Vom 23. November 1916.

Auf Grund des § 3 der Verordnung des Bundesrats über die Verwendung von Chlorzinn zur Beschönerung von Seidenwaren vom 23. November 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1291) bestimme ich:

§ 1. § 2 der Verordnung der Bundesrats über die Verwendung von Chlorzinn zur Beschönerung von Seidenwaren findet keine Anwendung

1. auf Waren, welche beim Inkrafttreten dieser Bestimmungen bereits fertig hergestellt oder in Arbeit befindlich sind.

2. auf Waren, welche bis zum 28. Juni 1916 bestellt worden sind, sofern die Waren spätestens bis zum 31. Dezember 1916 zur Einfuhr nach Deutschland gelangen.

§ 2. Wer Waren der in der Verordnung bezeichneten Art nach Deutschland einführen will, muß eine Erklärung abgeben

1. über die Art der Ware und die Höhe der Beschönerung,

2. wenn er von den Vergünstigungen des § 1 dieser Bestimmungen Gebrauch machen will, über die einzelnen dort bezeichneten Voraussetzungen.

Die Richtigkeit der Erklärung muß nachgewiesen werden, soweit die Einfuhr aus der Schweiz erfolgt, bei der Einfuhr von Bändern und zur Verwebung zu Bändern bestimmten Garnen durch eine Bescheinigung des Syndikats Schweizerischer Bandfabrikanien in Basel, bei der Einfuhr von anderen Waren durch eine Bescheinigung der Züricher Industrie-Gesellschaft in Zürich.

§ 3. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft,

1. wer die Vorschriften im § 1 der Verordnung des Bundesrats über die Verwendung von Chlorzinn zur Beschönerung von Seidenwaren übertreißt,

2. wer es unternimmt, entgegen den Vorschriften im § 2 der Verordnung und diesen Bestimmungen die dort bezeichneten Waren einzuführen.

Neben der Strafe ist die Ware, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, einzuziehen, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehört oder nicht. Ist die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.

§ 4. Die Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung, die Strafbestimmungen mit dem 28. November 1916 in Kraft.

Berlin, den 23. November 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
 Dr. Helfferich.

## Verordnung

über Höchstpreise für Hafer und Gerste.  
 Vom 4. Dezember 1916.

Auf Grund der Bekanntmachung über Kriegsmahnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. Seite 401) wird folgende Verordnung erlassen:

### Artikel 1.

Der durch § 1 Abs. 1 der Verordnung über Höchstpreise für Hafer vom 24. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 826) in der Fassung der Verordnung vom 18. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. Seite 1048) festgesetzte Höchstpreis von zweihundertachtzig Mark für die Tonne inländischer Hafers beim Verkauf durch den Erzeuger gilt bis zum 31. Januar 1917 einschließlich.

Soweit nach diesem Zeitpunkt geliefert wird, darf der Preis zweihundertfünfzig Mark für die Tonne nicht übersteigen.

Der Preis von zweihundertachtzig Mark für die Tonne darf bei Lieferungen an die Heeresverwaltung auf Antrag auch noch bezahlt werden, wenn die Ablieferung oder Verladung des rechtzeitig ausgedroschenen Hafers aus Gründen, die der Lieferungs-pflichtige nicht zu vertreten hat und die außerhalb seines Betriebs liegen, bis zum 31. Januar 1917 nicht hat erfolgen können. Der Antrag muß bis zum 28. Februar 1917 einschließlich bei den Empfangsstellen gestellt werden. Ueber alle Streitigkeiten wegen der Zahlung des Preises entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Als höhere Verwaltungsbehörde gilt die auf Grund des § 24 der Verordnung über Hafer aus der Ernte 1916 vom 6. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 811) bestimmte Behörde.

### Artikel 2.

Der durch § 1 der Verordnung über Höchstpreise für Gerste vom 24. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 824) in der Fassung der Verordnung vom 18. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1049) festgesetzte Höchstpreis von zweihundertachtzig Mark für die Tonne inländischer Gerste beim Verkauf durch den Erzeuger gilt bis zum 10. Dezember 1916 einschließlich.

Soweit nach diesem Zeitpunkt geliefert wird, darf der Preis zweihundertfünfzig Mark für die Tonne nicht übersteigen.

### Artikel 3.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. Dezember 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
 Dr. Helfferich.



**Bekanntmachung**

betreffend wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Italien.  
Vom 24. November 1916.

Im Wege der Vergeltung wird auf Grund des § 7 Abs. 2 der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 421), des § 4 Abs. 2 der Verordnung über die Annahme des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 633) und des § 9 der Verordnung, betreffend die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen, vom 26. November 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 487) folgendes bestimmt:

§ 1. Zahlungen nach Italien, nach den italienischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen, sowie nach den von italienischen Streitkräften besetzten Gebieten mittelbar oder unmittelbar in bar, Wechseln oder Schecks, durch Ueberweisung oder in sonstiger Weise zu leisten, sowie Geld oder Wertpapiere mittelbar oder unmittelbar nach den besetzten Gebieten abzuführen oder zu überweisen, ist verboten, wenn solche Zahlungen, Abführungen oder Ueberweisungen Handelsgeschäfte im Sinne des Handelsgesetzbuches sind, oder wenn sie erfolgen

1. zur Erfüllung von Geschäften, die für einen Teil oder für beide Teile Handelsgeschäfte im Sinne des Handelsgesetzbuches sind,
2. zur Einlösung von Wechseln oder Schecks,
3. auf Schuldverschreibungen des Reichs oder eines Bundesstaates, die vor dem 31. Juli 1914 ausgestellt sind.

§ 2. Die Vorschriften des § 1 Abs. 2 sowie der §§ 2 bis 7 der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 finden auch gegenüber den im § 1 bezeichneten Gebieten Anwendung. Die Stundung gilt nur insoweit, als es sich um Ansprüche aus Geschäften oder Wertpapieren der im § 1 Nr. 1 bis 3 der gegenwärtigen Verordnung bezeichneten Art handelt. Für die Frage, ob die Stundung gegen den Erwerber wirkt (§ 2 Abs. 2 der Verordnung), kommt es ohne Rücksicht auf den Wohnsitz oder die des Erwerbers nur darauf an, ob der Erwerb nach dem 30. April 1916 oder vorher stattgefunden hat.

Soweit in der Verordnung vom 30. September 1914 auf den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens verwiesen wird, tritt der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung an die Stelle.

Die Vorschriften des § 6 Nr. 2, 3 der Verordnung finden keine Anwendung.

§ 3. Die Vorschriften der §§ 5 bis 11 und des § 13 der Verordnung über die Annahme des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 finden auf das Vermögen italienischer Staatsangehöriger Anwendung.

§ 4. Die Vorschriften der Verordnung, betreffend die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen, vom 26. November 1914 in der Fassung der Verordnung vom 10. Februar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 89) werden auch gegen italienische Staatsangehörige für anwendbar erklärt.

§ 5. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung, hinsichtlich der Strafbestimmungen jedoch erst mit dem 27. November 1916 in Kraft.

Berlin, den 24. November 1916.

Der Stellvertreter des Reichsfanzlers.

Dr. Helfferich.

**Bekanntmachung**

betreffend den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie.

Vom 23. November 1916.

Auf Grund der §§ 120 f., 139 b der Gewerbeordnung hat der Bundesrat folgende Bestimmung erlassen:

Unter Aufhebung der Bestimmung vom 29. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 721) wird der § 7 der Bekanntmachung vom 4. Mai 1914, betreffend den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie (Reichs-Gesetzbl. S. 118) wie folgt geändert:

§ 7. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. Dezember 1917 in Kraft und an Stelle der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1908 (Reichs-Gesetzbl. S. 650).

Die auf Grund des § 3 der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1908 gestatteten Ausnahmen bleiben, wenn ihre Dauer nicht auf einen kürzeren Zeitpunkt beschränkt ist, bis zum 30. November 1917 in Geltung, treten aber am 1. Dezember 1917 sämtlich außer Kraft.

Berlin, den 23. November 1916.

Der Stellvertreter des Reichsfanzlers.

Dr. Helfferich.

Betr.: Gemeindliche Grundsteuer.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Bezugnahme auf unser übergedrucktes Ausschreiben vom 9. Mai 1916 setzen wir bis zum 20. I. d. Mts. Ihren Bericht darüber entgegen, ob von dem Gemeinderat die Erhebung einer Grundsteuer im besagten Falle, in welcher Höhe beschlossen worden ist. Fehlbericht ist nicht erforderlich.

Gießen, den 4. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. V. Demmerde.

**Bekanntmachung.**

Betr.: Die Ausführung des Urkundenstempelgesetzes; hier: die Erhebung des Jagdpachtstempels.

Durch Bekanntmachung vom 26. August 1912 betr. die Ausführung des Urkundenstempelgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 17. Juli 1912 und der Bekanntmachung vom gleichen Tage (Kreisblatt Nr. 67 vom 30. August 1912) haben wir die Änderungen des Urkundenstempelgesetzes veröffentlicht.

Nach Ziffer 2 der Zusatzbestimmungen zu der neuen Tarifnummer „43 a Jagdpacht“ ist der Verpächter verpflichtet, der mit der Festsetzung des Stempels beauftragten Behörde bei Meldung der in Artikel 31 dieses Gesetzes angedrohten Strafen binnen 14 Tagen von allen der Stempelspflicht unterliegenden Vereinbarungen Kenntnis zu geben. In der erwähnten Bekanntmachung vom 17. Juli 1912 ist bestimmt, daß die Festsetzung der Jahresstempelabgabe durch dasjenige Kreisamt erfolgt, in dessen Bezirk die Jagd ganz oder zum größeren Teil liegt.

Mit Rücksicht auf die demnach bei einzelnen Jagden abgelaufene Bestandszeit verweisen wir erneut auf diese gesetzlichen Bestimmungen und fordern die Verpächter der betr. Jagden auf, ihrer Verpflichtung zur Anmeldung ungehäumt nachzukommen.

Gießen, den 6. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Wie oben.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Hinweis auf vorstehende Bekanntmachung machen wir darauf aufmerksam, daß Sie verpflichtet sind, von allen Vereinbarungen oder Veränderungen in Bezug auf die Gemeindejagd binnen einer 14-tägigen Frist bei Meldung der in Artikel 30 des Urkundenstempelgesetzes angedrohten Strafen berichtigende Anzeige zu erstatten.

Sollten Ihnen Vereinbarungen über die Erlaubnis zum Abschüsse jagdbarer Tiere bekannt werden, so ist uns auch hierüber alsbald Mitteilung zu machen.

Gießen, den 6. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Freiwillige Ablieferung von Fahrrad-Vereifungen.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Das Kriegsamt (Kriegsministerium) hat nochmals Gelegenheit gegeben, alle noch rückständigen Fahrrad-Vereifungen in der Zeit vom 15. Dezember 1916 bis 15. Januar 1917 unter den seit herigen Bedingungen abzuliefern.

Nach Ablauf dieses Zeitraums wird die Enteignung eingeleitet werden. Die hierbei zu erzielenden Erlöse werden voraussichtlich 10 Prozent geringer ausfallen, wie die der freiwillig abgelieferten Fahrrad-Teile.

Vorstehendes ist in ortsüblicher Weise wiederholt bekannt zu machen; die Leute, die sich bei Ihnen zur freiwilligen Ablieferung bereit erklären, sind in ein Verzeichnis einzutragen, das uns bis spätestens zum 5. Januar vorzulegen ist. Weitere Verfügung, die sich nach der Anzahl der Meldungen richten wird, bleibt vorbehalten.

Auch Fehlberichte werden bis zum 5. Januar 1917 erwartet.

Gießen, den 7. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. Dr. Usinger.

**Wöchentl. Hebericht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.**

43. Woche. Vom 26. November bis 2. Dezember 1916.

Einwohnerzahl: angenommen zu 33 100 (inkl. 1800 Mann Militär).

Sterblichkeitsziffer: 29,39 ‰

Nach Abzug von 5 Ortsfremden: 12,56 ‰

Starben an	Zahl	Erwachsene	im 1. Lebensjahr	Kinder vom 2. bis 16. Jahr
Alterschwäche	1	1	—	—
Krupp und Diphtherie	3 (2)	—	—	3 (3)
Augenentzündung	2	1	—	1
Angeborener Syphilis	1	1	—	—
Gehirnschlag	1	1	—	—
anderen Krankheiten des Nervensystems	1 (1)	1 (1)	—	—
anderen Krankheiten der Verdauungsorgane	1 (1)	1 (1)	—	—
Blinddarmentzündung	1 (1)	—	—	1 (1)
Krebs	2	2	—	—
Summa:	15 (5)	8 (2)	—	5 (3)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Veröffentlichung des Großh. Kreisgesundheitsamts Gießen.

Dr. Walger, Med.-Rat.